

Stand: 09.02.2026 11:12:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/203

"Grünflation stoppen: CO2-Abgabe abschaffen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/203 vom 04.01.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/617 des UV vom 08.02.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 13.03.2024
4. Beschluss des Plenums 19/1554 vom 09.04.2024
5. Plenarprotokoll Nr. 15 vom 09.04.2024



Antrag

der Abgeordneten **Oskar Lipp, Florian Köhler, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Grünflation stoppen: CO₂-Abgabe abschaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) einzusetzen.

Begründung:

Die nationale CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe im Gebäude- und Verkehrssektor wurde von der CDU/CSU-geführten Bundesregierung als nationaler Alleingang fünf Jahre vor der geplanten Einführung des EU Emissions Trading System 2 (EU-ETS 2) eingeführt.

Die CO₂-Abgabe ist maßgeblich mitschuldig für die grassierende Grünflation und die Verarmung der Bürger.

Im Vergleich zu 2020 verteuerzt die drastische 50-prozentige Erhöhung der CO₂-Abgabe von 30 auf 45 Euro pro Tonne CO₂ im Jahr 2024: einen Liter Benzin um ca. 14,1 Cent, einen Liter Diesel um ca. 16 Cent,¹ einen Liter Heizöl um ca. 14,3 Cent, Gas um ca. 1,1 Cent pro kWh,² Kohle um 3,9 Cent pro kWh³ und eine Tonne verbrannten Mülls um ca. 19,1 Euro.⁴ Neben den Energieträgern verteuerzt die CO₂-Abgabe vor allem Lebensmittel und die Gastronomie.

Der Sachverständigenrat schätzt, dass die Gesamtinflationsrate (HVPI) bis 2026 aufgrund der CO₂-Abgabe um 2,8 Prozentpunkte höher sein wird, als sie ohne diese sein könnte.⁵ Ähnliche inflationäre Effekte werden auch von der KfW errechnet.⁶ Schon jetzt beträgt die Inflationsrate in Deutschland 6,1 Prozent für das Jahr 2023.⁷ Die Anhebung

¹ ADAC (2023). CO2-Steuer: Was der Anstieg für Autofahrer bedeutet. URL: <https://www.adac.de/rundums-fahrzeug/auto-kaufen-verkaufen/kfz-steuer/co2-steuer/>

² Weigl B. (2023). Der CO2-Preis steigt: So teuer werden Gas, Heizöl und Sprit. Finanzip. URL: <https://www.finanztip.de/co2-steuer/>

³ Berechnet anhand von: Quaschnig V. (2022). Spezifische Kohlendioxidemissionen verschiedener Brennstoffe. HTW Berlin. URL: <https://www.volker-quaschnig.de/datserv/CO2-spez/index.php>

⁴ Berechnungen anhand von: NABU (2020). CO2-Preis für Verbrennung von Abfällen ist notwendig und wirksam. URL: https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/konsumressourcen-muell/200629_nabu_behg_final.pdf

⁵ Berechnungen anhand von: Nöh L. et al. (2020). Auswirkungen einer CO2-Bepreisung auf die Verbraucherpreisinflation. SVR. URL: https://www.sachverständigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Arbeitspapiere/Arbeitspapier_03_2020.pdf

⁶ Herold J. et al. (2022). Grüne Inflation? Zwischen Klimaschutz und Preisniveaustabilität. KfW Research. URL: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft-Fokus-2022/Fokus-Nr.-368-Februar-2022-Gruene-Inflation.pdf>

⁷ ifo Institut. (2023). Gemeinschaftsdiagnose. Herbst 2023. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/5851/umfrage/prognose-zur-entwicklung-der-inflationsrate-in-deutschland/>

der CO₂-Abgabe in 2024 würde diese, ceteris paribus, um weitere 0,68 Prozentpunkte erhöhen.

Die effektive CO₂-Bepreisung in Deutschland ist im Straßenverkehr fünfmal höher als in den USA und China und zehnmal höher im Gebäudesektor.⁸

Die CO₂-Abgabe ist sozial regressiv, da sie vor allem Haushalte mit geringerem Einkommen, mit mehr Familienangehörigen und solche, die auf dem Land leben, verarmen lässt, da diese einen relativ größeren Teil ihres Einkommens für Heizung und Pkw-Mobilität aufwenden müssen.⁹

Zusätzlich wird die Grünflation im Jahr 2024 durch die Einführung der CO₂-Maut, durch die Wiedererhöhung der Mehrwertsteuer auf Gastronomie, Gas und Wärme, durch die Erhöhung der Kfz-Steuer, durch das Auslaufen der Energiebremse und das neue Steuerpaket der Ampel-Regierung einen großen Schub erhalten.

⁸ OECD (2023). Effective Carbon Rates. URL: <https://stats.oecd.org/?datasetcode=ecr>

⁹ ifo Institut (2021). Wie fair ist die Energiewende? Verteilungswirkungen in der deutschen Energie- und Klimapolitik. URL: <https://www.ifo.de/publikationen/2021/aufsatz-zeitschrift/wie-fair-ist-die-energie-wende-verteilungswirkungen-der>



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Antrag der Abgeordneten Oskar Lipp, Florian Köhler, Johannes Meier und
Fraktion (AfD)
Drs. 19/203**

Grünflation stoppen: CO2-Abgabe abschaffen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Prof. Dr. Ingo Hahn**
Mitberichterstatterin: **Dr. Andrea Behr**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 8. Februar 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Alexander Flierl
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Votums seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen bzw. sind die Voten übernommen.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über die Verfassungsstreitigkeiten,
Europaangelegenheiten und nicht einzeln zu beratenden
Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 28. Dezember 2023 (1 BvF 1/18) betreffend Verfahren über den Antrag festzustellen, ob Artikel 11 Absatz 3, Artikel 13 Absatz 1 Nummer 1b), Artikel 14 Absatz 1 Nummer 4, Artikel 15 Absatz 3 Nummer 1, Artikel 16 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und Absatz 2 Satz 1 („einer drohenden Gefahr für ein bedeutendes Rechtsgut“), auch im Zusammenhang mit Artikel 17 Absatz 1 Nummer 4 („dies unerlässlich ist, um Maßnahmen nach Artikel 16 durchzusetzen“), Artikel 20 Nummer 3 Satz 3, Artikel 21 Absatz 1 Nummer 3, Artikel 25 Absatz 1 Nummer 1b), Artikel 32 Absatz 1 Satz 2, Artikel 33 Absatz 2 Nummer 1b), Artikel 34 Absatz 1 Satz 1, Artikel 35 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Artikel 36 Absatz 2, Artikel 40 Absatz 1 Nummer 2, Artikel 42 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Artikel 45 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und Artikel 60 Absatz 3 Nummer 1 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397) in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des Bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301 und 434) mit dem Grundgesetz unvereinbar und daher nichtig ist PII-3001-3-3
Drs. 19/576 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 17.11.2023 (1 BvR 2271/18 und 1 BvR 506/19) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen Artikel 36 Absatz 1 bis 3, Artikel 37 Absatz 1 und Absatz 4 Satz 2, Artikel 38 Absatz 1, Artikel 39 Absatz 1 und Absatz 3 Satz 3 in Verbindung mit Artikel 40 Absatz 1 Nummer 2 und 3, Artikel 42 Absatz 1 und Absatz 2, Artikel 45 Absatz 1 und Absatz 2, Artikel 47 Absatz 1 Nummer 2, 4 in Verbindung mit Artikel 42 Absatz 1, 2 und Absatz 5 und Artikel 86 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit Artikel 86 Absatz 4 und Artikel 83 Absatz 4 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397) in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des Bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301 und 434)
– 1 BvR 2271/18 –
gegen Artikel 22 Absatz 2, Artikel 32, 33, 35, 36, 37, 38, 40, 41, 42, 43, 44 Absatz 1 Satz 5, Artikel 45, 47, 49, 60 Absatz 3 und Artikel 61 Absatz 2 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz-PAG) vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397) in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des Bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301 und 434)
– 1 BvR 506/19 –
PII-3001-3-2
Drs. 19/575 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 22. Januar 2024 (Vf. 4-VII-24) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans mit Grünordnung Nr. 2109 der Landeshauptstadt München vom 6. Juli 2022
PII-3001-2-1
Drs. 19/578 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

Europaangelegenheiten

4. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Gerhard Hopp, Martin Wagle, Alex Dorow u.a. CSU
Subsidiarität
Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext
COM(2023) 790 final
BR-Drs. 46/24
Drs. 19/588, 19/650

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>

5. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union
Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Entwicklung der Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft
COM(2023) 316 final
BR-Drs. 305/23
Drs. 19/303, 19/651

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag nimmt das Vorhaben mit den auf Drs. 19/651 veröffentlichten Anmerkungen zur Kenntnis.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

6. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, dem Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
EU-Justizbarometer 2023
COM(2023) 309 final
BR-Drs.: 323/23
Drs. 19/304, 19/654

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im nichtlegislatischen Verfahren der Europäischen Union die auf Drs. 19/654 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union
Vorschlag für eine Empfehlung des Rates „Europa in Bewegung“ – Lernmobilität für alle
COM(2023) 719 final
BR-Drs.: 643/23
Drs. 19/305, 19/663

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag nimmt das Vorhaben mit den auf 19/663 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

Anträge

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Verena Osgyan, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wissenschaftsstandort Bayern erhalten – Personal an unseren Hochschulen stärken
Drs. 19/31, 19/536 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zum Testbetrieb der „Verfahrensübergreifenden Recherche- und Analyseplattform“ – VeRA
Drs. 19/113, 19/478 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD) Lachgas – die neue Drogenepidemie?
Drs. 19/135, 19/477 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Oskar Lipp, Florian Köhler, Johannes Meier und Fraktion (AfD) Grünflation stoppen: CO₂-Abgabe abschaffen!
Drs. 19/203, 19/617 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Stephan Oetzinger, Robert Brannekämper, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und junger Wissenschaftler im Vergleich
Drs. 19/227, 19/609 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

13. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Ute Eiling-Hüting u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Jugendherbergen sicher durch die Krise bringen
Drs. 19/228, 19/592 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

14. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Ralf Stadler, Oskar Lipp u.a. und Fraktion (AfD)
Hofnahe Schlachtung in Bayern
Drs. 19/236, 19/607 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

15. Antrag der Abgeordneten Oskar Lipp, Ralf Stadler, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD) Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen Drs. 19/238, 19/581 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD) Tourismus in Niederbayern Drs. 19/239, 19/555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Verbot der Gendersprache an Hochschulen in Bayern Drs. 19/270, 19/600 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD) Anhörung: Für eine EU ohne Antisemitismus Drs. 19/271, 19/487 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Agrardieselrückvergütung beibehalten und Biokraftstoffe steuerfrei stellen
Drs. 19/272, 19/605 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/> ENTH				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------

20. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Anna Rasehorn, Nicole Bäumler u.a. SPD
Gegen Antisemitismus in Bayern – langfristige Finanzierung von RIAS Bayern sicherstellen
Drs. 19/280, 19/620 (A) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sachstand zur Standortsuche für einen Neubau der Justizvollzugsanstalt Bamberg
Drs. 19/297, 19/594 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
-------------------------------	-------------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktueller Stand Zukunftsinitiative Deutsches Museum
Drs. 19/298, 19/601 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geldnot der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt
Drs. 19/299, 19/602 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haus der Kunst: Zeitplan für eine nachhaltige und
nutzerorientierte Sanierung
Drs. 19/300, 19/603 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über den Beitrag Bayerns zum Weltnaturerbe „Grünes Band“
Drs. 19/301, 19/616 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrschlachthöfe errichten – mehr Tierwohl und mehr Praxisnähe für die Studierenden Drs. 19/302, 19/587 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Naturkundemuseum Bayern: Sachstandsbericht Drs. 19/308, 19/604 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

28. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD) Pendler entlasten – Erhöhung und Dynamisierung der Entfernungspauschale Drs. 19/310, 19/606 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD) Regionale Identität stärken: Denkmalschutzprogramm zum Schutz und zur Wiederbelebung dörflicher Strukturen auflegen Drs. 19/317, 19/593 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Walter Nussel, Alexander Flierl,
Dr. Gerhard Hopp u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Biokraftstoff aus China auf Echtheit kontrollieren
Drs. 19/325, 19/621 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

31. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl,
Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein Strukturbruch in der landwirtschaftlichen Tierhaltung und
Beibehaltung der bisherigen Rechtslage bezüglich Jagdhunden
bei der geplanten Änderung des Tierschutzgesetzes
Drs. 19/349, 19/618 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	A	A
--------------------------	--------------------------	--------------------------	---	---

32. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke,
Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Alexander Flierl, Petra Högl, Josef Zellmeier u.a. CSU
Entnahme von Saatkrähen zur Verhinderung landwirtschaftlicher
und urbaner Schäden
Drs. 19/350, 19/619 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	A	ENTH
--------------------------	--------------------------	--------------------------	---	------

33. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Dr. Ute Eiling-Hüting, Holger Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Der Freistaat Bayern steht fest und solidarisch an der Seite Israels
Drs. 19/355, 19/542 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

34. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wartezeiten für Gентest auf Veränderungen in den beiden Genen BRCA1 und BRCA2 verkürzen!
Drs. 19/356, 19/610 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	ENTH
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--	--

35. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Nicole Bäumler, Doris Rauscher u.a. SPD
Anhörung zur Änderung des Pflegendenvereinigungsgesetzes
Drs. 19/358, 19/595 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--	--------------------------	--------------------------

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für das Klima und die Planungssicherheit unserer Kommunen:
Wärmeplanung jetzt in Bayern umsetzen
Drs. 19/368, 19/622 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

37. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten: Berlin die rote Karte zeigen!
Drs. 19/390, 19/608 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

38. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
VeRA: Für einen effektiven und rechtssicheren Testbetrieb
Drs. 19/471, 19/591 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				



Beschluss
des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Oskar Lipp, Florian Köhler, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/203, 19/617

Grünflation stoppen: CO₂-Abgabe abschaffen!

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Tobias Reiß
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Oskar Lipp

Abg. Dr. Andrea Behr

Abg. Ralf Stadler

Abg. Laura Weber

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Benno Zierer

Abg. Anna Rasehorn

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag der Abgeordneten Oskar Lipp, Florian Köhler, Johannes Meier und Fraktion (AfD)

Grünflation stoppen: CO2-Abgabe abschaffen! (Drs. 19/203)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion auch zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist Herr Kollege Oskar Lipp von der AfD-Fraktion.

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Unser Antrag verfolgt verschiedene Ziele. Ganz konkret wollen wir ein Gesetz loswerden, nämlich Ihr Gesetz, das Brennstoffemissionshandelsgesetz, kurz BEHG. Es wurde zur Zeit der Großen Koalition in Berlin mit CSU-Beteiligung erlassen. Seit dem Inkrafttreten im Jahr 2021 quält Ihr Gesetz aus dem Giftschränk staatlicher Klimapolitik vor allem unsere heimische Industrie und mittelbar unsere Familien.

Wir wollen außerdem zeigen, wie sehr sich die CSU durch den grünen Ungeist vom Pfad der ökonomischen Vernunft abbringen lässt. Dabei ist es ihr Auftrag, Wettbewerbsverzerrungen, Staatsquote, Pleiten, Abwanderung von Unternehmen sowie staatliche Überbelastung für das normale Volk abzubauen.

Schließlich möchten wir der CSU die Gelegenheit geben, sich in tätiger Reue einzubüßen; denn verglichen mit dem Gang nach Canossa, den Ihnen die Aufklärung Ihrer Corona-Politik der Schande noch aufbürden wird, ist die Beseitigung des BEHG nur leichtes Reisegepäck auf dem anstehenden Fußmarsch der Buße.

Jetzt zu den einzelnen Punkten: Die gesetzliche CO₂-Bepreisung ist für deutsche Industrieunternehmen eine unzumutbare Belastung. Sie bringt das Fass planwirtschaftli-

cher Gängelung zum Überlaufen. Es entstehen neue Wettbewerbsverzerrungen durch den deutschen Alleingang inmitten chaotisch wuchernder Bepreisungen für die verschiedenen Brennstoffarten. Wer dem deutschen Abgabenwahn und Bürokratiemonster – das Ifo-Institut nennt es sogar einen Zoo – entkommen möchte, wandert aus.

Für die CSU, die sich einmal als ordnungspolitische Großmacht der Wirtschaftspolitik verstanden hat, ist das eine Bankrotterklärung. Das Brennstoffemissionshandelsgesetz klingt zwar abgehoben und fern von der Lebenswelt der Bürger, aber darin liegt die Täuschung. Das Gesetz ist auch für unsere Landsleute mit normalem, inzwischen muss man sagen: niedrigem Einkommen untragbar. Wie soll denn eine vierköpfige Familie in einer Ingolstädter Wohnung weiter CO₂ einsparen? – Strompreiserhöhungen können in Zeiten der Inflation bei allen Menschen, die bereits jeden Cent umdrehen müssen, krisenhafte Situationen auslösen.

(Beifall bei der AfD)

Auf die Denkfehler des BEHG hat bereits der hoch angesehene Ökonom Hans-Werner Sinn hingewiesen. Er sagte, es werde durch diese Steuer das Paradox eintreten, dass die Verbraucherpreise für fossile Brennstoffe sogar fielen, weil die Ölbarone den Verlust einfach durch die Ausweitung der Produktionsmenge ausgleichen. – Ich erinneere an einen arabischen Minister, der sinngemäß in Richtung rot-grüne Weltbeglückung spottete: Wer glaubt, dass wir Erdölproduzenten irgendwann einen Stöpsel in den Sand stecken werden, hat von der Weltwirtschaft nicht viel verstanden. – Ich sage: Das ist eine treffende Beschreibung grüner Ideologie.

(Beifall bei der AfD)

Steuern und Abgaben sind für die immer fragwürdiger werdende Klimapolitik ein schädliches Werkzeug. Die AfD-Landtagsfraktion und die Bundespartei fordern daher die Kündigung des Pariser Klimaabkommens.

Bezeichnenderweise lebt Ihr Gesetz von einer sehr unwahrscheinlichen Bedingung. Es wird nicht zu einer weltweiten Koordination der CO₂-Besteuerung kommen. Die Bemessungsgrundlagen für die unternehmerische Entscheidung über geeignete Brennstoffe fallen bereits auf nationaler und europäischer Ebene völlig unterschiedlich aus. Oder haben Sie in der Zwischenzeit etwa die Mineralölsteuer abgeschafft? – Ich habe davon nichts mitbekommen.

Wie wollen Sie eine internationale Harmonisierung hinbekommen, wo doch ausgegerechnet Ihre Außenministerin Baerbock völlig ausgelastet ist? – Sie muss sich neuerdings darum kümmern, 20.000 Elefanten aus Botsuana in neuen Asylunterkünften unterzubringen.

Gehen Sie neue und natürliche Wege. Hören Sie auf Ihren stellvertretenden Ministerpräsidenten, Herrn Hubert Aiwanger. Er hatte, wie Ihnen bekannt sein dürfte, ausgegerechnet, dass wir mit zusätzlichen 25 Quadratkilometern Wald CO₂-Neutralität für ganz Deutschland erreichen. Eichen und Buchen speichern besonders viel CO₂. Das ist eigentlich prima, aber den grünen Ungeist in der Union kann man genau daran erkennen, dass solche einfachen Maßnahmen sie nicht mehr befriedigen. Ist die globale Klimapolitik nur ein Werkzeug für den großen links-grün-schwarz-gelben Reset der Weltgesellschaft? Die Gegendevise muss lauten: Mehr Bäume braucht das Land! Da Sie, Herr Ministerpräsident Söder, auch noch eine offene Rechnung mit Österreich haben, weil es Ihre schöne Pkw-Maut vor dem EuGH kaputt gemacht hat, –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Oskar Lipp (AfD): – könnten Sie jetzt Revanche nehmen. Verpflichten Sie doch zukünftig jeden Österreicher, der über die Grenze will, dazu, –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um!

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Schluss!)

Oskar Lipp (AfD): – bei uns einen Baum zu pflanzen. Dabei wünsche ich Ihnen viel Erfolg. – Zehn Sekunden habe ich überzogen.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: – 18, um genau zu sein. – Bevor wir mit der Debatte fortfahren, gebe ich kurz die Ergebnisse der beiden vorher durchgeföhrten Wahlen bekannt.

Ich komme zunächst zur Wahl einer Vizepräsidentin des Bayerischen Landtages. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 176 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren 0 Stimmen. Auf Frau Abgeordnete Ramona Storm entfielen 27 Ja-Stimmen und 145 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 4 Abgeordnete. Damit hat Frau Abgeordnete Ramona Storm nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht.

Nun gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeföhrten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtages bekannt. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 170 Abgeordnete teilgenommen. Ungültige Stimmen: 0. Auf Herrn Abgeordneten Jörg Baumann entfielen 27 Ja-Stimmen und 142 Nein-Stimmen. Ein Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten. Damit hat Herr Abgeordneter Jörg Baumann nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht.

Ich komme zurück zur Debatte und rufe als nächste Rednerin Frau Kollegin Dr. Andrea Behr auf.

Dr. Andrea Behr (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD-Fraktion hat sich hier gedacht, man nehme einfach einmal zwei Begriffe, die einem Großteil der Bevölkerung nicht gut schmecken, nämlich "grün" und "Inflation", röhre diese zusammen und backe daraus einen Antrag. Doch das Kochrezept ist gründlich misslungen; denn mit der Inflation, also dem Anstieg des allgemei-

nen Preisniveaus, wie hier ganz bewusst zu suggerieren versucht wird, hat der Antrag nichts zu tun.

Die AfD-Fraktion will die Staatsregierung auffordern, sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes – BEHG – einzusetzen. Die nationale CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe im Gebäude- und Verkehrssektor, insbesondere die 50-prozentige Erhöhung der CO₂-Abgabe im Jahr 2024, verteuere Energieträger und Lebensmittel, steigere die Inflationsrate und belaste vor allem Haushalte mit geringem Einkommen und Haushalte auf dem Land, sagt die AfD.

Wir haben uns im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz schon mit diesem Antrag beschäftigt. Dort wurde er abgelehnt; denn eine CO₂-Bepreisung wird von Bayern im Sinne des Klimaschutzes grundsätzlich unterstützt. Das 2019 eingeführte Brennstoffemissionshandelsgesetz sieht vor, fossile Brennstoffemissionen aus den Sektoren Gebäude und Verkehr, die bisher nicht dem Europäischen Emissionshandel unterliegen, mit einem CO₂-Preis zu versehen. Die CO₂-Bepreisung verfolgt insbesondere das Ziel, die nationalen und EU-rechtlich vorgegebenen Klimaschutzziele für das Jahr 2030 zu erreichen. Um langfristige Klimaziele zu erreichen, kommt der Bepreisung von Treibhausgasemissionen eine entscheidende Rolle zu. Mit höheren Preisen für CO₂-Emissionen lassen sich die Klimaziele ohne kostspielige Förderprogramme erreichen, argumentieren sogar Fachleute.

Aber es ist wieder einmal typisch für die AfD: Sie wollen den Austritt aus der EU, diesem großen Friedenskonstrukt, und auch aus der NATO. Des Weiteren sind Sie mit Ihrem Antrag, die CO₂-Bepreisung abzuschaffen, ja auch schon im Bundestag gescheitert. Jetzt soll sich auch noch Bayern für Ihre befremdlichen Alleingänge einsetzen.

Ich möchte noch darauf hinweisen: Im Bundesratsverfahren zum Haushaltfinanzierungsgesetz im Dezember 2023 haben Anträge Bayerns, von der ab dem Jahr 2024 vorgesehenen Erhöhung der Festpreise für Emissionszertifikate im Rahmen des

Brennstoffemissionshandelsgesetzes abzusehen, keine Mehrheit erhalten. In einer Protokollnotiz hat der Freistaat im Bundesrat erklärt, durch die Erhöhung der CO₂-Preise könne es zu einem weiteren Belastungsschub bei den Energiekosten kommen, wodurch sich auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verschlechtern könnte und den Bürgern Kaufkraft entzogen würde, die zur Belebung der konjunkturellen Entwicklung dringend erforderlich wäre. Dennoch müssen wir den CO₂-Ausstoß eindämmen, und das geht nur durch eine Bepreisung.

Wir lehnen den Antrag als typischen Schaufensterantrag der AfD ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Mir liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Ralf Stadler vor.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrte Frau Dr. Behr, Sie sind für Klimaabgaben. Aber wie wollen Sie der Bevölkerung weismachen, dass man sprichwörtlich für jeden Furz eine Klimaabgabe bezahlen soll, während Sie gleichzeitig für Waffenlieferungen sind, durch die in der Ukraine ganze Landstriche verwüstet werden und Felder für Jahrzehnte unbrauchbar gemacht werden? Wie wollen Sie dies der Bevölkerung klarmachen?

Dr. Andrea Behr (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege, Sie vergleichen hier Äpfel mit Birnen. Daher müssen wir auf der einen Seite den CO₂-Preis einführen. Auf der anderen Seite ziehen Sie in dieser Art und Weise den Krieg gegen die Ukraine eigentlich ins Lächerliche.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf: Bravo!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bevor wir mit der Debatte fortfahren, gebe ich noch kurz das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten: Berlin die rote Karte zeigen!"

auf Drucksache 19/390 bekannt. Mit Ja haben 27 gestimmt, Nein-Stimmen: 124, keine Enthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Jetzt hat Frau Kollegin Laura Weber das Wort.

Laura Weber (GRÜNE): Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Der menschengemachte Klimawandel ist Faktum. Wer das – wie einige im Raum – leugnet, ist nicht nur realitätsfern und verantwortungslos, sondern für den ist logischerweise jede CO₂-Einsparmaßnahme und jede Klimaschutzmaßnahme sinnlos. Aber die Fakten sprechen für sich. Hätten Sie aufgepasst, dann wäre Ihnen aufgefallen, dass auch die Rechnung von Herrn Aiwanger falsch ist. Viele Medienberichte haben schon längst aufgedeckt, dass die Rechnung, wonach durch das Anpflanzen von 2.500 Hektar Wald der Klimawandel aufgehalten werden könnte, falsch ist. Die Fakten sprechen für sich: Die Erde erhitzt sich immer schneller.

(Widerspruch bei der AfD)

Ein Hitzerekord jagt den nächsten. Die Weltmeere erwärmen sich schneller als befürchtet und immer unberechenbarer. Wir befinden uns mitten in der Klimakrise.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und Sie? Haben Sie auch nur einen einzigen Lösungsvorschlag für diese Probleme und Herausforderungen? – Sie haben keine einzige Lösung, nicht eine einzige.

(Widerspruch bei der AfD)

Sie suchen nur wie immer auf die billigste Art nach Schuldigen und verschwenden unser aller Zeit. Ich fordere Sie auf, den wahren Schuldigen zu benennen: Ihr Freund Putin, sein Angriffskrieg, seine gestoppten Gaslieferungen sind verantwortlich für die gestiegenen Energiekosten.

(Lachen bei der AfD)

Dank der GRÜNEN ist Deutschland nicht mehr weiter abhängig von Putins Gas.

(Ralf Stadler (AfD): Doch!)

Die Inflation ist auf dem niedrigsten Stand seit drei Jahren. Dank der GRÜNEN sind die Strompreise wieder gesunken.

(Ralf Stadler (AfD): Was?)

Die Energieversorgung ist sicher. Der Ausbau der Erneuerbaren wird vollzogen, und auch beim Netzausbau kommen wir endlich voran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dank der GRÜNEN wird die soziale Frage bei allen notwendigen Klimaschutzmaßnahmen mitgedacht: beim Heizungstausch, beim Wegfall der EEG-Umlage, bei der Solarförderung oder beim Klimageld, das von den GRÜNEN drängend gefordert wird.

(Zuruf von der CSU: Wann kommt es?)

– Hoffentlich bald. Wir arbeiten daran.

Im Energiesektor hatten wir 2023 20 % weniger CO₂-Emissionen als ein Jahr zuvor. Zum ersten Mal sind die Klimaziele 2030 wieder erreichbar. Das ist eine sehr gute Nachricht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Umwelt- und Klimaschutz sind keine Parteienfrage, sondern gehen uns alle an.

(Ralf Stadler (AfD): Doch!)

Mit uns und mit allen demokratischen Parteien, die für Umwelt- und Klimaschutz kämpfen, hat Bayern eine gute Zukunft. Mit Ihnen nicht. Hören Sie auf, unsere Zeit zu verschwenden; denn nichts anderes macht dieser Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN – Ralf Stadler (AfD): Cannabis!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Mir liegt eine Zwischenbemerkung von Prof. Dr. Ingo Hahn vor.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzte Kollegin Weber von den GRÜNEN, normalerweise ist es ja so, dass in einer Politik der Nutzen die Kosten übersteigen soll. Gerade im Bund sind die GRÜNEN ja an der Regierung beteiligt. Die Kosten kennen wir als Bürger. Es handelt sich um über 10 Milliarden Euro, die wir alle für Ihre CO₂-Abgabe zahlen. Das ist aber eigentlich gar nicht zu verifizieren. Das zeigen auch Anfragen an die Bayerische Staatsregierung. Es gibt keinen Anstieg der Todeszahlen durch Ihren sogenannten Klimawandel. Wir kennen auch die wirtschaftlichen Kosten nicht. Für mich sind das eher Ihre eigenen grünen Hirngespinste. Interessanterweise hat die Münchener Rück festgestellt, dass wir weltweit sogar einen Rückgang der Umweltschäden im Vergleich zur Wirtschaftsleistung haben.

Deshalb kommt hier meine Frage an Sie: Wie können Sie in solch einer Politik einfach ohne Sinn und Verstand fortfahren und das Geld der bayerischen Steuerzahler einfach hinauswerfen?

(Beifall bei der AfD)

Laura Weber (GRÜNE): Ich wiederhole mich, wie schon viele Vorrednerinnen und Vorredner: Wer den menschengemachten Klimawandel und die Folgen wie die vielen Hitzenoten, die Fluchtbewegungen, die Erwärmung der Weltmeere und die Hitzerekorde nicht wahrhaben will und nicht für voll nimmt, für den gibt es keine Diskussionsgrundlage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Kollege Benno Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir kennen mittlerweile die Positionen der AfD, die jede Maßnahme zum Klimaschutz und zur Energiewende ablehnt und darauf hofft, dass das fossile Zeitalter ewig weitergeht. Es ist nun mal dummerweise so, dass die fossilen Energieträger immer knapper werden und wir nicht weiter ungebremst Kohle, Öl und Gas verbrennen können. Wir nehmen die "sogenannte" Klimaerwärmung ernst und bekennen uns zum "sogenannten" Klimaschutz, wie Sie das immer so schön in Ihren Anträgen schreiben. Deshalb unterstützen wir grundsätzlich auch die CO₂-Bepreisung von fossilen Brennstoffemissionen. Es bleibt daher bei der Ablehnung dieses Antrags.

Klar ist aber, dass dieses Instrument sozialverträglich eingesetzt werden muss. Deshalb hatte sich Bayern dafür eingesetzt, die Erhöhung der CO₂-Preise für das Jahr 2024 auszusetzen. Das wäre eine vernünftige Maßnahme gewesen, um die Bürgerinnen und Bürger angesichts der Preissteigerungen in vielen Bereichen zu entlasten. Leider gab es im Bundesrat keine Mehrheit dafür. Wir lehnen diesen Antrag selbstverständlich ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Ingo Hahn vor.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Zierer von den FREIEN WÄHLERN, bei den FREIEN WÄHLERN liegt ja in Form des Ministers Aiwanger das Ministerium für Wirtschaft. Genau darum geht es hier. Es geht um die CO₂-Abgabe, die in ganz Deutschland und auch in Bayern erhoben wird. Weder die USA noch China machen etwas so Dummes, wie Sie das in Bayern befürworten. Schauen wir uns einmal die Konsequenzen an: Die deutsche Industrie hat Abwanderungen in Höhe von über

300 Milliarden zu verzeichnen, 15.000 Arbeitsplätze sind von Produktionsverlagerungen betroffen. Es geht immer weiter. Es ist völlig klar, dass die Unternehmen einfach weg wollen, wenn Sie die Bürger und die Unternehmen mit so einer CO₂-Abgabe belasten.

Jetzt kommt meine Frage hierzu: Wie fühlt es sich eigentlich tief in Ihrem Herzen an, dass Ihre Partei, die ja eigentlich eine Wirtschaftspartei sein soll, hier in Bayern für eine historisch beispiellose Deindustrialisierung unseres bayerischen Heimatlandes verantwortlich ist?

(Beifall bei der AfD)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Gott sei Dank haben die vernünftigen Kolleginnen und Kollegen der Regierungsparteien erkannt, wo zu handeln ist. Wir handeln. Wir sitzen nicht herum und warten, was passiert, oder verleugnen all das, was Sie verleugnen. Wir haben die Herausforderungen erkannt. Ihr seid leider die Ewiggestrigen. Ihr setzt euch irgendwo hin und jammert und stellt absurde und nicht nachvollziehbare Forderungen, die nichts bringen. Leider Gottes ist die Einsicht bei euch noch lange nicht da. Es gibt den Klimawandel, und wir müssen ihm begegnen. Tut mir leid. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Anna Rasehorn.

Anna Rasehorn (SPD): Liebes Präsidium, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen!

(Widerspruch bei der AfD)

So erdrückend leer, wie die letzten Sekunden waren, so inhalts- und zukunftsleer ist der AfD-Antrag. Dass die von Menschen verursachten Emissionen von Treibhausgasen die Hauptursache der gegenwärtigen Erderwärmung sind und diese bereits zu schwerwiegenden Folgen für Mensch, Tier und das ganze Ökosystem führen, ist ein zentrales Ergebnis weltweiter Forschungslagen und ein überwältigender Konsens zwischen Klimawissenschaftler:innen, Gesellschaft und Politik.

(Beifall bei der SPD)

Nicht erst seit dem Hochwasser im Ahrtal, den Waldbränden in Brandenburg oder den schlechten Ernten in Bayern wissen wir, dass die Uhr nicht auf fünf vor zwölf steht, sondern schon laut zwölf Uhr geschlagen hat. Wir alle sind mehr denn je gefordert, damit mein Sohn und auch die zukünftigen Generationen eine intakte Erde vorfinden. Daran scheint aber die AfD-Fraktion kein Interesse zu haben. Was kann man auch erwarten von einer Fraktion, die von Zukunft keine Ahnung hat, sondern in den letzten zwei Dritteln des letzten Jahrhunderts festgeklebt ist?

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD haben lange für ein Klimaschutzgesetz gekämpft, auch an der Seite der Konservativen, der CDU/CSU, damit Klimaschutz rechtlich verbindlich wird. Wir haben dafür gekämpft, dass jeder Bereich genau festgelegte CO₂-Einsparziele erfüllen muss – egal, ob in der Energiewirtschaft, in der Industrie, im Verkehr, im Gebäudebereich, in der Landwirtschaft oder auch in der Abfallwirtschaft. Dazu gehört auch der Preis für CO₂-Emissionen. Der Verbrauch kann damit effizient gelenkt werden. Wer bereit ist, sich umzustellen, hat auch persönlich etwas davon, und zwar in der privaten Haushaltstasse oder auch in seiner Unternehmensbilanz. Klimafreundliches Verhalten rechnet sich finanziell.

Damit alle genug Zeit haben, sich darauf einzustellen, sind wir in Deutschland und auch in Bayern gemeinsam mit der Union bei einem niedrigen CO₂-Preis eingestiegen,

den wir bis zum Jahr 2025 anheben. Es ist genug Zeit für alle? – Anscheinend nicht für alle.

Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen. Dazu gehören der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs – Dank sei für das 49-Euro-Ticket – sowie beispielsweise auch der Umstieg auf klimafreundliche Heizungen. Natürlich müssen wir auch den Ausbau der erneuerbaren Energien kräftig ankurbeln. Das ist notwendig, damit auch die Staatsregierung endlich aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht, sonst ist es fünf nach zwölf und Bayern als Wirtschaftsstandort abgehängt. – Vielen lieben Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Die namentliche Abstimmung findet in elektronischer Form statt. Das Prozedere dürfte Ihnen bekannt sein. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 17:01 bis 17:04 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmungszeit von drei Minuten ist jetzt abgelaufen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird nun elektronisch ermittelt und gleich bekannt gegeben. –

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Grünflation stoppen: CO₂-Abgabe abschaffen!" auf Drucksache 19/203 bekannt. Mit Ja haben 27 gestimmt. Nein-Stimmen: 136. Keine Enthaltungen. Der Antrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Es stehen keine weiteren Tagesordnungspunkte auf der Tagesordnung. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17:06 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2024 zu Tagesordnungspunkt 8: Antrag der Abgeordneten Oskar Lipp, Florian Köhler, Johannes Meier und Fraktion AfD; Grünflation stoppen: CO2-Abgabe abschaffen! (Drucksache 19/203)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X		Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin	X		
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hüting Ute		X	
Arnold Horst				Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar	X			Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole		X		Fehlner Martina		X	
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane		X	
Baumann Jörg	X			Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick		X	
Becher Johannes		X		Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara		X	
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric				Gießübel Martina			
Bergmüller Franz				Glauber Thorsten			
Bernreiter Christian		X		Goller Mia		X	
Birzele Andreas				Gotthardt Tobias		X	
Blume Markus				Graupner Richard	X		
Böhm Martin	X			Grießhammer Holger			
Böltl Maximilian		X		Grob Alfred		X	
Bozoglu Cemal		X		Groß Johann		X	
Brannekämper Robert		X		Gross Sabine		X	
von Brunn Florian		X		Grossmann Patrick		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Guttenberger Petra			
Dr. Büchler Markus		X		Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Celina Kerstin		X		Halbleib Volkmar		X	
Deisenhofer Maximilian				Halemba Daniel	X		
Demirel Gülsären		X		Hartmann Ludwig		X	
Dierkes Rene				Hauber Wolfgang		X	
Dierl Franc		X		Heinisch Bernhard		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heisl Josef		X	
Dietz Leo		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dorow Alex				Herrmann Joachim			
Dremel Holger		X		Hierneis Christian		X	
Dünkel Norbert		X		Högl Petra			
				Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander				Pargent Tim		X	
Holetschek Klaus	X			Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Holz Thomas	X			Pirner Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard				Pohl Bernhard			
Huber Martin	X			Post Julia		X	
Huber Martin Andreas				Preidl Julian		X	
Huber Thomas	X						
Huml Melanie	X						
Jäckel Andreas	X			Rasehorn Anna		X	
Jakob Marina	X			Rauscher Doris		X	
Jungbauer Björn	X			Reiß Tobias		X	
Jurca Andreas	X			Rinderspacher Markus		X	
Kaniber Michaela				Rittel Anton		X	
Kaufmann Andreas	X			Roon Elena		X	
Kirchner Sandro	X						
Knoblauch Paul	X			Saller Markus		X	
Knoll Manuel	X			Schack Jenny		X	
Köhler Claudia	X			Schalk Andreas		X	
Köhler Florian				Scharf Martin			
Kohler Jochen	X			Scharf Ulrike			
Koller Michael	X			Scheuenstuhl Harry		X	
Konrad Joachim	X			Schießl Werner		X	
Krahl Andreas	X			Schmid Franz		X	
Kraus Nikolaus	X			Schmid Josef		X	
Kühn Harald	X			Schmidt Gabi		X	
Kurz Sanne	X			Schnotz Helmut		X	
Lausch Josef	X			Schnürer Sascha		X	
Lettenbauer Eva	X			Schöffel Martin		X	
Lindinger Christian	X			Schorer-Dremel Tanja		X	
Lipp Oskar	X			Schreyer Kerstin		X	
Locke Felix		X		Schuberl Toni			
Löw Stefan	X			Schuhknecht Stephanie		X	
Dr. Loibl Petra		X		Schulze Katharina			
Ludwig Rainer		X		Schwab Thorsten		X	
Magerl Roland	X			Dr. Schwartz Harald			
Maier Christoph	X			Seidenath Bernhard		X	
Mang Ferdinand	X			Siekmann Florian			
Mannes Gerd	X			Singer Ulrich		X	
Dr. Mehring Fabian				Dr. Söder Markus			
Meier Johannes	X			Sowa Ursula		X	
Meußgeier Harald	X			Stadler Ralf		X	
Meyer Stefan		X		Stieglitz Werner		X	
Miskowitsch Benjamin	X			Stock Martin		X	
Mistol Jürgen	X			Stolz Anna			
Mittag Martin		X		Storm Ramona		X	
Müller Johann	X			Straub Karl			
Müller Ruth		X		Streibl Florian			
Müller Ulrike		X		Striedl Markus		X	
Nolte Benjamin	X			Dr. Strohmayer Simone			
Nussel Walter		X		Stümpfig Martin			
Dr. Oetzinger Stephan	X			Tasdelen Arif		X	
Osgyan Verena		X		Tomaschko Peter		X	
				Toso Roswitha		X	
				Trautner Carolina		X	
				Triebel Gabriele		X	
				Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland			
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta			
Winhart Andreas			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	27	136	0